

Max Straubinger

- (A) Es hat sich gezeigt: Zu Zeiten von Rot-Grün gab es 5,5 Millionen Arbeitslose. Jetzt haben wir gut 2 Millionen Arbeitslose. Bundeskanzler Schröder hat seinerzeit postuliert, die Arbeitslosigkeit zu halbieren. Wir haben es geschafft, die Arbeitslosigkeit sogar noch stärker abzubauen,

(Helin Evrim Sommer [DIE LINKE]: Ja, aber alles mit Minijobs, prekärer Beschäftigung! Toll! Super!)

und zwar nicht dadurch, dass wir die Sozialhilfesätze erhöht haben, sondern dadurch, dass wir den Arbeitsmarkt kräftig modernisiert haben und mit den Veränderungen bei der Bundesagentur für Arbeit und allem Weiteren, was hier getätigt worden ist, den Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt besonders gefördert haben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Pascal Kober [FDP])

Heute wurde dargelegt: Den Menschen muss man entsprechend Arbeit geben. – Da haben wir sicherlich in einzelnen Bereichen noch große Herausforderungen zu bewältigen. Auf der einen Seite haben wir 1 Million offene Stellen, und auf der anderen Seite haben wir 2,2 Millionen arbeitslose Menschen. Es muss doch möglich sein, die 1 Million offenen Stellen mit den Menschen zu besetzen, die jetzt als arbeitslos gelten und arbeitslos gemeldet sind. Von daher haben wir eine Gesamtaufgabe. Über diese Aufgabe lohnt es sich wesentlich mehr zu diskutieren als über eine Erhöhung der Hartz-IV-Sätze.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Pascal Kober [FDP])

Ein weiterer Punkt. Werte Kollegen der Linken, Sie stellen dar, dass es politisch motivierte, herabgesetzte Hartz-IV-Sätze gebe. Wir haben ein stichhaltiges System, nämlich die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Das ist letztendlich die Grundlage für die Ermittlung dieser Sätze. Ich gebe Frau Hiller-Ohm ausdrücklich recht, wenn sie sagt, dass man darüber immer streiten kann. Aber das Bundesverfassungsgericht hat diese Grundlage in den verschiedensten Urteilen auch bestätigt.

(Susanne Ferschl [DIE LINKE]: Gerade noch so! – Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gerade eben!)

Das ist ein entscheidendes Kriterium. Die schöne Vorstellung einer zukünftigen grün-linken Welt, in der man die Höhe dieser Sätze sozusagen aus der Mitte der Einkommen ermittelt, bringt mich zu der Frage, warum Sie nicht fordern, dass man die höchsten Einkommen zugrunde legt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich gebe denjenigen recht – ich glaube, Kollege Vogel hat die Frage gestellt –, die fragen: Wer soll das bezahlen?

Insofern ist unser Sozialstaatsgebot schon richtig. Zuerst ist jeder selbst für sein Glück verantwortlich. Er ist gefordert, zumutbare Arbeit anzunehmen. Hier haben wir die richtigen Instrumente bereitgestellt. So werden wir

Hartz IV im besten Sinne überwinden. Dafür werden wir auch weiterhin arbeiten. (C)

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 19/10621 und 19/10619 an den Ausschuss für Arbeit und Soziales vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Ich rufe die Zusatzpunkte 18 sowie 19 a und 19 b auf:

ZP 18 – Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Förderung der Ausbildung und Beschäftigung von Ausländerinnen und Ausländern – Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetz**

Drucksachen 19/10053, 19/10527

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss)

Drucksache 19/10692

- Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) gemäß § 96 der Geschäftsordnung (D)

Drucksache 19/10700

ZP 19 a) – Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Dritten Gesetzes zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes**

Drucksachen 19/10052, 19/10522

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss)

Drucksache 19/10693

- Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

Drucksache 19/10701

- b) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss)

– zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Pascal Kober, Michael Theurer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Ausbildung und Studium für Asylbewerber ermöglichen – Förderlücke schließen

- zu dem Antrag der Abgeordneten Sven Lehmann, Anja Hajduk, Kai Gehring,

Vizepräsidentin Petra Pau

(A) weiterer Abgeordneter und der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Förderlücke für Geflüchtete im Sozialgesetzbuch schließen – Bildung und Integration stärken

Drucksachen 19/2691, 19/5070, 19/10693

Über den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes werden wir später namentlich abstimmen.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Ich höre dazu keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Kollegin Kerstin Tack für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Kerstin Tack (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetz haben wir ein Gesetz, das zwar keinen schönen Namen, aber einen schönen Inhalt hat,

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

und darauf kommt es ja auch an. Mit dem Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetz gehen wir heute der Frage nach: Wie gehen wir mit denjenigen um, die zu uns gekommen sind, die sich hier einbringen wollen, die auf eigenen Beinen stehen wollen, die die hiesige Sprache lernen wollen, die ihre Ausbildung hier machen wollen, die sich hier qualifizieren wollen?

(B)

Wir eröffnen frühzeitig und umfassend Zugänge, insbesondere für Gestattete, zur assistierten Ausbildung, zu ausbildungsbegleitenden Hilfen und zu berufsvorbereitenden Maßnahmen. Das ist gut, richtig und wichtig.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Genauso richtig und wichtig ist es, dass wir mit diesem Gesetz die Sprachförderung frühzeitig einleiten und damit auch einen Systemwechsel durchführen; denn künftig stehen die Integrations- und die Sprachkurse allen arbeitsmarktnahen Gestatteten offen, und zwar nach drei Monaten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Denn um miteinander auszukommen, muss man sich verstehen können, und um sich gegenseitig verstehen zu können, muss man sich erst einmal verständigen können. Es ist gut, dass dafür möglichst früh und umfassend Zugänge geschaffen werden, die es ermöglichen, nicht nur ein gutes Miteinander, sondern auch eine gute Integration in Gesellschaft und Arbeit voranzutreiben.

(Beifall bei der SPD)

Außerdem ist es für die Wirtschaft wichtig. Wir wissen, dass die Wirtschaft Arbeitszugänge für Auszubildende benötigt und dass Sprache eine ganz zentrale Heraus-

forderung ist, um hier gut standzuhalten. Auch deshalb ist es gut und richtig, dass wir mit den Zugängen, die wir jetzt auch für Gestattete ermöglichen, der Wirtschaft signalisieren: Hier bauen wir gemeinsam ein System der Unterstützung auf, um auch dafür zu sorgen, dass weniger Ausbildungen abgebrochen werden; vielmehr wollen wir die Menschen professionell begleiten, vorbereiten, und wir wollen mit Maßnahmen gute Unterstützung bieten.

(Beifall bei der SPD)

Es ist für uns alle ein Gewinn; denn es ist in unserem ureigenen Interesse, dass wir für die Bereiche, für die wir so dringend Fachkräfte und Auszubildende suchen – wie bei den Köchen, bei den Handwerkern, bei den Pflegern, bei den Erziehern, wo auch immer –, mit unserer Eröffnung von schnellen Zugängen gute Möglichkeiten schaffen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollegin Tack, gestatten Sie eine Frage oder Bemerkung der Kollegin Polat?

Kerstin Tack (SPD):

Nein. Ich mache jetzt weiter, sonst sind Sie die Nächste, die mir am Schluss Redezeit wegnimmt. Deswegen führe ich das jetzt lieber zu Ende aus.

Für uns ist auch zentral, dass wir – auch deshalb ist es gut, dass wir heute über die Gesetze reden – all diese Maßnahmen und die Zugänge bereits zum 1. August dieses Jahres in Kraft setzen. Wir organisieren mit den Förderinstrumenten und Fördermöglichkeiten schon für die Ausbildung in diesem Jahr eine gute und hilfreiche Unterstützung. Auch deshalb ist es gut und richtig, dass wir heute dieses Gesetz verabschieden und es zum 1. August in Kraft treten lassen, sodass es kurzzeitig gute Unterstützung für all diejenigen gibt, die sie brauchen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Abgeordnete Sebastian Münzenmaier für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Sebastian Münzenmaier (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie verzweifelt müssen Sie eigentlich sein: Katastrophale Wahlergebnisse und Panik in der Koalition führen wieder mal zu wildem Aktionismus. Ein Beispiel ist dieses Maßnahmenbündel, das wir jetzt innerhalb kürzester Zeit hier noch durchpeitschen und worüber wir gerade sprechen. Bei der SPD wundert mich das alles schon lange nicht mehr – ihr Untergang ist vorbestimmt –; aber dass sich auch noch die CDU/CSU dazu hergibt, dass sie nach den katastrophalen Auswirkungen der Flüchtlingskrise hier schon wieder neue

(C)

(D)

Sebastian Münzenmaier

- (A) Anreize setzt, neue Pull-Faktoren schafft, das verstehe ich nicht; das ist für mich unverständlich.

(Beifall bei der AfD)

Es ist doch absolut klar und nachvollziehbar, dass sich weltweit Menschen auf der Flucht Gedanken darüber machen, wo sie das meiste Geld und eine Bleibeperspektive für sich und für ihre Familie sehen. Sie sorgen mit diesen Gesetzen wieder mal dafür, dass Deutschland weiterhin das Sehnsuchtsland Nummer eins auf der Welt ist.

(Kerstin Tack [SPD]: Was für ein Quatsch: Sehnsuchtsland Nummer eins!)

Schauen wir uns Ihre Maßnahmen im Einzelnen an. Sie wollen für Geduldete und Gestattete eine Förderlücke schließen, die für diese Personen während einer Berufsausbildung oder eines Studiums auftreten könnte.

(Kerstin Tack [SPD]: Quatsch!)

Gestattete sind Menschen, die sich in einem laufenden Asylverfahren mit ungewissem Ausgang befinden, und Geduldete sind ausreisepflichtige Ausländer, die folglich überhaupt nicht hier sein dürften. Sie führen das komplette Asylsystem ad absurdum, wenn Sie nicht mehr nur Schutz für politisch Verfolgte und Kriegsflüchtlinge versprechen, sondern jetzt auch schon abgelehnte Asylbewerber möglichst rasch in den deutschen Arbeitsmarkt integrieren wollen. Wir als AfD-Fraktion lehnen diese unsägliche Vermischung von Asylpolitik und Arbeitsmigration ab.

- (B) (Beifall bei der AfD – Kerstin Tack [SPD]: Wir freuen uns, dass wir uns so unterscheiden!)

Sie fabulieren dann ja grundsätzlich vom Fachkräftemangel, den Sie am liebsten mit Ihren ganzen ausreisepflichtigen Ausländern irgendwie lösen würden. Aber Sie haben es immer noch nicht verstanden: Zu uns kommen ja kaum Fachkräfte, zu uns kommen kaum Ingenieure oder Ärzte. Zu uns kommen überwiegend Analphabeten oder Messerstecher.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zurufe von der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Pfui! – Ekelhaft! – Dr. Martin Rosemann [SPD]: Reden wir doch mal über Sie! Sie sind doch verurteilt!)

Diese sogenannten Fachkräfte, die damals in der Silvesternacht in Köln Frauen begripscht haben, das waren keine Gynäkologen, meine Damen und Herren, sondern das waren kriminelle Ausländer, und die müssen abgeschoben werden.

(Beifall bei der AfD)

Sie als SPD sollten doch eigentlich wissen, dass die Menschen, die hierherkommen und dann von Ihnen in den Arbeitsmarkt integriert werden, eigentlich keine hochqualifizierten Jobs bekommen.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie war das eigentlich mit Ihnen, Herr Münzenmaier?)

- Die einzig mögliche Folge einer Massenmigration in den Arbeitsmarkt – – (C)

(Dr. Matthias Bartke [SPD]: Dass ausgerechnet Sie das sagen, das ist ja die Ironie vor dem Herrn! – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Schreien Sie doch mal nicht so rum. – Können Sie für ein bisschen Ruhe sorgen bei diesem Kindergarten hier?

(Filiz Polat [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unverschämt gegenüber dem Präsidium!)

Die einzig mögliche Folge einer Massenmigration in den Arbeitsmarkt sind Lohndumping und eine enorme Ausweitung der prekären Arbeitsverhältnisse. Das, meine Damen und Herren, ist nicht im Sinne des deutschen Arbeitnehmers und wird von uns abgelehnt.

(Beifall bei der AfD)

Im gleichen Atemzug, in dem Sie in diesem Maßnahmenbündel Asyl-, Migrations-, Arbeitspolitik und Steuergeldverschwendung durcheinanderschmeißen, verabschieden wir heute das Fachkräfteeinwanderungsgesetz, das diesem Maßnahmenbündel diametral entgegensteht. Einerseits öffnen Sie dort alle Schleusen und wollen Ungelernten – so viel übrigens zu Ihren Fachkräften – erlauben, für sechs Monate hierherzukommen, um sich eine Ausbildung zu suchen. Andererseits legen Sie hier immerhin noch zwei bis drei Hürden auf; das begrüße ich. Die Kommenden sollen nicht älter als 25 sein – meistens sind das unsere Goldstücke sowieso nicht, die sind ja minderjährig; das wissen wir –, (D)

(Heiterkeit des Abg. Hansjörg Müller [AfD])

sollten einen adäquaten Schulabschluss haben, und sie müssen ihren Lebensunterhalt hier für sechs Monate selbst sichern. Das finden wir sehr gut.

(Peter Weiß [Emmendingen] [CDU/CSU]: Nein! Sprachniveau B2! Sprachprüfung! – Katja Mast [SPD]: B2-Sprachprüfung!)

Aber erklären Sie mir bitte mal, wieso ein junger Mann aus Somalia, der für sechs Monate hierherkommt, sein Geld mitbringen sollte, wenn er weiß, er kann genauso gut einfach „Asyl“ schreien, nachdem er vom Sea-Watch-Kapitän oder von anderen Schleppern hierhergeschleppt wurde.

(Beifall bei der AfD)

Dann muss er nämlich seinen Lebensunterhalt nicht mehr selbst finanzieren, sondern dann kommt der Steuerzahler für ihn auf.

(Peter Weiß [Emmendingen] [CDU/CSU]: Sie erzählen halt nicht die vollständige Geschichte!)

Und Sie vergessen etwas Grundsätzliches: Während Sie Hunderttausende unqualifizierte Menschen hier reinholen, verlassen wahre Fachkräfte Deutschland.

(Beifall bei der AfD)

Sebastian Münzenmaier

- (A) Allein im Jahr 2017 verließen laut Statistischem Bundesamt über 250 000 Menschen Deutschland.

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Daran arbeitet die AfD!)

Laut dem Institut zur Zukunft der Arbeit handelt es sich hier bei über 70 Prozent der Auswanderer um hochqualifizierte Menschen überwiegend zwischen 25 und 30. Diese Menschen haben schlicht und ergreifend keine Lust mehr, mit ihren viel zu hohen Steuern die irrsinnigen Träumereien der rot-grünen Ideologen zu finanzieren. Wir sollten uns darum kümmern, dass wir diese Fachkräfte bei uns im Land halten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD – Kai Whittaker [CDU/CSU]: Ihrer Fraktion täten auch mal Fachkräfte gut!)

Fassen wir zusammen: Ihr Maßnahmenbündel sorgt für neue Anreize, für neue Pull-Faktoren und wird die Migration wieder anheizen. Sie konterkarieren das eigene Fachkräfteeinwanderungsgesetz und vermischen schon wieder Asyl und Arbeitsmigration.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Sie wollen jetzt auch noch das Taschengeld für Asylbewerber auf 150 Euro erhöhen,

- (B) (Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist kein Taschengeld!)

anstatt endlich mal auf Sachleistungen zu setzen. Wir als AfD-Fraktion stehen für eine klare Neuordnung der Migrationspolitik mit einem Schwerpunkt auf Abschiebungen, wir wollen den deutschen Arbeitsmarkt vor Lohndumping und prekären Arbeitsverhältnissen schützen, und wir möchten das Geld unserer Steuerzahler in erster Linie für unser eigenes Volk ausgeben.

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hören Sie doch mal auf, gegen das Grundgesetz zu wettern!)

Ihre ganzen Anträge, Maßnahmen und Gesetzentwürfe lehnen wir ab.

Vielen herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD – Falko Mohrs [SPD]: Das war ja eine Zumutung! Dafür brauchen Sie sich nicht zu bedanken!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat die Staatsministerin Annette Widmann-Mauz.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Annette Widmann-Mauz, Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin: (C)

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir können Integration, und im Unterschied zu Ihnen wollen wir Integration.

(Udo Theodor Hemmelgarn [AfD]: Hat doch noch nie geklappt!)

Das hat der gestrige Tag mit den Entscheidungen zwischen dem Bund und den Ländern zur Fortsetzung der Finanzierung der Flüchtlingskosten gezeigt, und auch heute gehen wir mit der Verabschiedung des Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetzes einen großen Schritt in die richtige Richtung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Wir gehen einen notwendigen Schritt, weil wir mit den Fehlern der Vergangenheit aufräumen, und wir gehen einen sinnvollen Schritt, weil wir auf Integration von Anfang an setzen. Eingewanderte und Geflüchtete sollen ihre Potenziale besser und zügiger einbringen. Das fördern wir, aber das fordern wir auch ein. Beides ist im Interesse unseres Landes.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen mehr Integration. Vier Punkte stehen dafür:

Erstens. Wir öffnen die Integrationskurse für mehr Asylbewerber, die vor dem 1. August dieses Jahres nach Deutschland gekommen sind. Denn wer hier lebt, soll deutsch sprechen und unsere Werteordnung verstehen. Darum ist der Kursbesuch unabhängig von der Bleibeperspektive schon nach drei Monaten Aufenthalt möglich, vor allen Dingen auch für Eltern, besonders für Mütter mit kleinen Kindern, die wegen familiärer Verpflichtungen als nicht arbeitsmarktnah gelten. Für diese Klarstellung im parlamentarischen Verfahren bin ich den Koalitionsfraktionen ausdrücklich sehr dankbar. (D)

Zum Zweiten. Mehr Menschen, die hier geduldet sind, erhalten nach sechs Monaten Zugang zu berufsbezogenen Sprachkursen. Das ist ein klarer und vernünftiger Schritt in Richtung Arbeitsmarktintegration.

Zum Dritten. Wir unterstützen junge Geflüchtete vor und während der Ausbildung mit schnellerem Zugang zu berufsvorbereitenden Maßnahmen und Maßnahmen zur Ausbildungsvorbereitung und indem wir die Förderlücke bei der Sicherung des Lebensunterhalts nach dem Asylbewerberleistungsgesetz schließen.

Viertens. Wir öffnen die ausbildungsbegleitenden Hilfen auch für EU-Bürgerinnen und -Bürger. Das stärkt die europäische Mobilität und die europäische Freizügigkeit.

Als Integrationsbeauftragte der Bundesregierung hätte ich mir an der einen oder anderen Stelle noch mehr Mut gewünscht. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Richtung stimmt. Mit dem Gesetz handeln wir nämlich pragmatisch, ohne Fehlanreize zu setzen; denn dieses Migrationspaket der Koalition setzt klare Zeichen: Diejenigen, die keinen Schutzanspruch haben, müssen unser Land zügig verlassen. Aber diejenigen, die

Staatsministerin Annette Widmann-Mauz

- (A) Schutz benötigen, brauchen auch Integration. Zu diesem integrationspolitischen Pragmatismus gehört auch: Wer sich anstrengt, unsere Sprache lernt, in Lohn und Brot steht, wer seine Identität offenlegt, seinen Lebensunterhalt selbst verdient und sich gesetzestreu verhält, der verdient auch eine faire Bleibeperspektive. Das ist nicht nur ein Gebot der Menschlichkeit; das ist auch ein Gebot der Wirtschaftlichkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dafür haben sich viele eingesetzt: die Unternehmen, der Mittelstand, Kirchen, Sozialverbände und viele Ehrenamtliche, die sich vor Ort für Integration engagieren. Die neuen, verbesserten Regeln zur Duldung bei Ausbildung und Beschäftigung sind deshalb auch ihr Verdienst.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, heute schaltet Deutschlands Integrationsmotor in den nächsthöheren Gang, er nimmt weiter Fahrt auf. Unterstützen wir ihn dabei auch mit den vorliegenden Gesetzentwürfen! Bereits heute sind 375 000 Personen aus den Hauptasylherkunftsstaaten in Arbeit, die meisten sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Über 31 000 sind in Ausbildung. Insgesamt sind 4,7 Millionen Ausländer beschäftigt. Auch sie backen unsere Brötchen, bauen Deutschlands Häuser und Straßen, pflegen unsere Angehörigen. Auch sie sind dringend benötigte Fachkräfte im Mittelstand und sichern das Qualitätssiegel „Made in Germany“ mit. Auch sie erwirtschaften die Renten von heute und morgen. Deshalb sind wir gut beraten und ist es in unserem ureigenen Interesse, mehr in Integration zu investieren. Das tun wir heute. Deshalb bitte auch ich Sie um Unterstützung.

- (B)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die FDP-Fraktion hat nun der Kollege Pascal Kober das Wort.

(Beifall bei der FDP)

Pascal Kober (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen, mit dem Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetz ist Ihnen nicht nur ein langer Name mit 39 Zeichen gelungen, sondern Sie verbessern damit deutlich die Chancen der Menschen, die zu uns geflüchtet sind, im Übrigen auch vieler Unionsbürgerinnen und -bürger, sich hier zu integrieren und auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, indem Sie den Zugang zu Spracherwerb, aber auch zu Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik erleichtern. Das begrüßen wir ausdrücklich. Deshalb werden wir Ihrem Gesetzentwurf heute auch zustimmen.

(Beifall bei der FDP und der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir hätten uns sicherlich ehrgeizigere Schritte vorstellen können. Spracherwerb noch früher zu ermöglichen, wäre in unserem Sinne gewesen; denn Spracherwerb ist die Voraussetzung für Integration. Aber wir erkennen, dass Ihr Gesetzentwurf hier zu deutlichen Verbesserungen

- (C) führt. Deshalb werden wir, wie gesagt, Ihrem Gesetzentwurf zustimmen, auch wenn wir uns ehrgeizigere Maßnahmen gewünscht hätten.

Bei Ihrem zweiten Gesetzentwurf, dem Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes, werden wir uns allerdings enthalten. Auch da sind einige wichtige und richtige Punkte enthalten. Zugleich üben wir aber an einzelnen Punkten deutliche Kritik. So kürzen Sie beispielsweise die Leistungen für Asylbewerber in Sammelunterkünften mit der Behauptung, dass sie – vergleichbar zu Ehepaaren in Bedarfsgemeinschaften bei Hartz IV – eine gemeinsame Haushaltsführung haben. Sie unterstellen, dass die Menschen so eng zusammenleben wie Ehepartner und beispielsweise gemeinsam die Mahlzeiten einnehmen und entsprechend gemeinsam einkaufen. Ob das wirklich der Realität entspricht, ziehen wir in Zweifel. Es ist für uns fraglich, ob wir die Menschen wirklich so behandeln sollten.

Vollkommen unklar ist auch, warum Sie bei Asylbewerbern, die in eigenen Wohnungen leben, die Stromkosten aus dem Regelsatz herausrechnen, um sie dann auf Antrag wieder zu erstatten. Das ist unnötige Bürokratie. Es ist vollkommen unnötig, das so zu regeln. Es wäre viel leichter, es ebenso zu machen wie bei den Regelsätzen nach Hartz IV, sie also in den Regelsatz schon einzurechnen.

(Beifall bei der FDP)

- (D) Ganz und gar unverständlich ist für uns auch, dass die Leistungen für Bildung von Ihnen im Asylbewerberleistungsgesetz gekürzt werden sollen. Das ist kurzsichtig gedacht. Bildung ist für eine gelingende Integration von ganz zentraler Bedeutung. Der Zugang zu Bildung ist eine wichtige Voraussetzung zur Integration. Dass Sie ausgerechnet da kürzen, ist für uns völlig unverständlich. Ich fürchte, das wird sich langfristig rächen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen, wir freuen uns ausdrücklich, dass die sogenannte Förderlücke nun endlich geschlossen wird. Wir freuen uns, dass der Lebensunterhalt von Menschen, die sich noch im Asylverfahren befinden, gesichert ist, wenn sie eine Ausbildung machen. Nur, liebe Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen, dass Sie dafür über ein Jahr gebraucht haben und die Anträge der FDP, aber auch der Grünen über ein Jahr mit allen Tricks der Geschäftsordnung nach hinten geschoben haben, ist nicht in Ordnung. Da haben Menschen Lebenszeit verloren; sie haben Chancen verloren, durch Ausbildung voranzukommen. Menschen haben ein Jahr lang umsonst gewartet. Das ist vollkommen unnötig gewesen. Sie hätten das auf der Grundlage unserer Anträge schon früher lösen können und müssen. Das ist nun wirklich kein Ausweis von guter Regierungspolitik.

(Gabriele Hiller-Ohm [SPD]: Na! Na! Na!)

Ich hoffe, dass Sie hier in Zukunft besser werden.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie gesagt: Dem Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetz werden wir zustimmen. Ihren Veränderungen im Asylbewerberleis-

Pascal Kober

- (A) tungsgesetz werden wir nicht zustimmen; da werden wir uns enthalten.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Die nächste Rednerin ist die Kollegen Gökyak Akbulut, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Gökyak Akbulut (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir debattieren heute über mehrere Gesetzesentwürfe, unter anderem den Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes, der als sogenannter Beitrag zur Integration geflüchteter Menschen dienen soll, aber neben geringen Verbesserungen erhebliche Einschränkungen mit sich bringt.

Es ist zynisch, dass Sie in Ihrem Gesetzesentwurf das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 18. Juli 2012 zitieren; denn Sie haben offensichtlich nicht verstanden, was das höchste Gericht dieses Landes damit sagen wollte. Die in Artikel 1 Grundgesetz garantierte Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das bedeutet auch, dass eine weitere Kürzung für Leistungsempfängerinnen und -empfänger nicht hinnehmbar ist. Dennoch steht es so in Ihrem Gesetzesentwurf.

- (B) (Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU]: Na, sagen Sie mal!)

Sie schlagen unter anderem eine 10-prozentige Leistungskürzung bei Bewohnern in Gemeinschaftsunterkünften vor, nur weil Menschen da zusammenwohnen. Diese Zwangsverpartnerung von Menschen, die sich nicht einmal kennen, ist schlichtweg untragbar. Oder finden Sie es gut, mit Ihrem Nachbarn Ihr Duschgel zu teilen?

(Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU]: Duschgel ja, Dusche nein!)

Sie sollten sich schämen, dass Sie denjenigen, die sowieso wenig bis gar keine Ressourcen haben und hierherkommen, um endlich in Würde und Schutz zu leben, auch noch das letzte Hemd wegnehmen.

Auch die SPD-Abgeordnete Daniela Kolbe sprach in der ersten Lesung dieses Gesetzes davon, dass die Begründung an den Haaren herbeigezogen sei. Das sei aber einem politischen Kompromiss geschuldet – einem Kompromiss auf Kosten von Grund- und Menschenrechten. Dazu sagen wir Nein, liebe SPD.

(Beifall bei der LINKEN)

Das sagen wir auch zu dem gesamten migrationspolitischen Paket, das Sie hier durchpeitschen wollen. Was wir diese Woche erlebt haben, entbehrt aller Grundsätze einer parlamentarischen Demokratie. Wo bleiben eigentlich die Turbopakete der Großen Koalition zur Wohnungs-, Renten- und Umweltpolitik? Wo bleibt da das

- schnelle Durchpeitschen? Da brauchen wir schnelle und gute Lösungen. (C)

(Beifall bei der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir fordern die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Für Schutzsuchende sollten die gleichen Regelungen gelten wie für alle anderen Menschen in unserer Gesellschaft. Wir wollen deshalb eine Überführung in das allgemeine System der sozialen Sicherung nach den Sozialgesetzbüchern.

(Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU]: Ihr habt den Knall auch noch nicht gehört!)

Herr Heinrich von der CDU hat in der ersten Lesung dieses Gesetzesentwurfs sogar eingeräumt, dass es der CDU hier darum geht, nicht noch mehr Anreize zu schaffen. Das ist einfach perfide.

(Beifall bei der LINKEN)

Hier hat sich das Bundesverfassungsgericht ganz klar positioniert. Ich zitiere – vielleicht hören Sie ja auch zu –:

Migrationspolitische Erwägungen, die Leistungen an Asylbewerber und Flüchtlinge niedrig zu halten, um Anreize für Wanderungsbewegungen durch ein im internationalen Vergleich eventuell hohes Leistungsniveau zu vermeiden, können von vornherein kein Absenken des Leistungsstandards unter das physische und soziokulturelle Existenzminimum rechtfertigen.

- Aber genau das passiert mit diesem Gesetz. Damit widersprechen Sie ganz klar dem Bundesverfassungsgericht. (D)

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Bezug auf Anreize möchte ich hier wiederholen, was Experten in der Anhörung am Montag dieser Woche gesagt haben: Es gibt keine Empirie dazu, dass Menschen aufgrund der gesetzlichen Rahmenbedingungen in Deutschland nach Deutschland kommen. – Ihre Begründung mit den Pull-Faktoren können Sie sich sparen; das ist einfach untragbar. Die Linke trägt diesen Verfassungsbruch der GroKo nicht mit.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU]: Zum Glück brauchen wir die Linken dafür nicht!)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Für Bündnis 90/Die Grünen hat das Wort die Kollegin Filiz Polat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Filiz Polat (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Seit 25 Jahren wird um eine menschenwürdige Existenzsicherung gekämpft. Seit 1993 existiert mit dem Asylbewerberleistungsgesetz in Deutschland ein Sonderleistungssystem, dessen krasse Ungerechtigkeiten

Filiz Polat

- (A) bis heute bestehen. Das von der Union so verteidigte Asylbewerberleistungsgesetz macht Geflüchtete – das ist leider so – zu Menschen zweiter Klasse. Dies betrifft Menschen, die noch auf ihre Anerkennung als Asylberechtigte warten; aber es betrifft auch Menschen, die bereits einen Aufenthaltstitel besitzen. Die Auswirkungen der Diskriminierung sind gravierend und beeinträchtigen die Betroffenen nachhaltig, insbesondere was den Zugang zur gesundheitlichen Versorgung betrifft. Fakt ist, dass das menschenwürdige Existenzminimum immer das Gleiche ist, egal ob es sich um Deutsche, Ausländerinnen und Ausländer, Flüchtlinge oder wen auch immer handelt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie der Abg. Ulla Jelpke [DIE LINKE])

Ihr Gesetzesvorhaben wirkt wie ein kaum verhüllter Angriff auf das Bundesverfassungsgericht, das dieses Asylbewerberleistungsgesetz am 18. Juli 2012 in seinem Grundsatzurteil für verfassungswidrig erklärt hat. Der damalige Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, Ferdinand Kirchhof, hielt der Regierung damals treffend entgegen – ich zitiere –:

Ein bisschen Hunger, dann gehen die schon, das kann doch nicht sein!

Recht hat er, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der LINKEN)

- (B) Diese Entscheidung ist heute so aktuell wie damals. Der Grundsatz der Nichtrelativierbarkeit der Menschenwürde muss auch heute uneingeschränkt in vielen anderen flüchtlingsrechtlichen Fragen gelten. Und dieser Grundgedanke gebietet uns, diese Novelle abzulehnen, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Heute wurde wieder deutlich: Ihnen geht es in erster Linie um den Bundeshaushalt statt um die Herstellung der Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes. Das halten wir für zynisch. Sie agieren hier nämlich mit einem perfiden Trick – die Kollegin hat es gesagt –: Alleinstehende Leistungsberechtigte in Aufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften werden zu einer erfundenen Schicksalsgemeinschaft konstruiert, um die Leistungen signifikant zu senken. Diese Art der Zwangsverpartnerung und die Vorstellung, auf diese Weise Einsparpotenziale zu schaffen – das haben die Wohlfahrtsverbände deutlich gemacht –, ist fern jeder Realität.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie der Abg. Ulla Jelpke [DIE LINKE])

Selbst der Deutsche Landkreistag bezweifelte in der Anhörung am Montag, ob diese Praxis überhaupt rechtens ist.

Im Sozialrecht kennen wir eine solche Schicksalsgemeinschaft nicht. Der Hinweis in der Gesetzesbegründung auf ein anderes Bundesverfassungsgerichtsurteil, das die Annahme einer Kostenersparnis legitimieren soll, ist irreführend, da sich das Urteil explizit auf Fallkonstel-

- lationen des gemeinschaftlichen Wohnens innerhalb einer Familie bezieht. Meine Damen und Herren, nicht zuletzt deswegen scheiterte der letzte Reformversuch 2016, der ähnliche Regelungen enthielt, an der Blockade der grün regierten Länder, und das finden wir gut. (C)

Da nützen auch die Verbesserungen im Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetz nichts, Frau Tack. Auch wenn die Zielsetzung dieses Gesetzentwurfes, beispielsweise die Leistungen der Ausbildungsförderung im SGB III von ausländerrechtlichen Zugangsvoraussetzungen zu entkoppeln, zu begrüßen ist, werden viele Maßnahmen – das dürfen Sie nicht außer Acht lassen – beispielsweise durch die Ausweitung der Arbeitsverbote – das wird Realität sein; das werden Sie auch in Niedersachsen sehen – durch das Geordnete-Rückkehr-Gesetz konterkariert. Ohne das Recht, zu arbeiten, und mit der Einschränkung auf Menschen mit Bleibeperspektive bleibt auch die Ausweitung der Arbeitsförderung weitgehend wirkungslos.

Gleiches gilt auch für die Teilnahme an einem Integrationskurs für Gestattete. Das ist zu begrüßen. Wir haben immer einen Zugang zu Integrationskursen und auch zu berufsbezogener Deutschsprachförderung nach drei Monaten gefordert. Aber was nützt es, wenn die Menschen 18 Monate in AnKER-Zentren sind? Das ist absolut realitätsfern, was Sie da umsetzen, und wird ins Leere laufen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Die Regierung versucht, die Versorgung von Geflüchteten von einem Grundrecht zu einer Frage politischer Prioritäten zu degradieren. Das können wir nicht mittragen. Die einzige Reform, die das Asylbewerberleistungsgesetz wirklich benötigt, ist seine Abschaffung. Dafür wollen wir keine weiteren 25 Jahre warten. (D)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Ende.

Filiz Polat (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Wir brauchen keine Sondersysteme. Die Menschenwürde gilt für alle.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Vielen Dank, Frau Kollegin Polat. – Der nächste Redner ist der Kollege Thomas Heilmann für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Thomas Heilmann (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist, glaube ich, Zeit, die Kritik am Asylbewerberleistungsgesetz zurückzuweisen. Besonders beschämend war Ihr Beitrag, Herr Münzenmaier. Es ist wirklich unsäglich, dass Sie behaupten, dass hauptsächlich Analphabeten und Messerstecher nach Deutschland kommen. Was ist

Thomas Heilmann

- (A) das eigentlich für eine Hetze? Dass Sie sich trauen, das hier zu sagen, ist wirklich unsäglich.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt keine Statistik, die das auch nur annähernd beweist.

Im Übrigen sind Ihre Ausführungen auch unlogisch. Sie sagen, es kämen lauter Unausgebildete hierher, lehnen die Schließung der Förderlücke aber ab, mit der wir dafür sorgen wollen, dass Menschen, die keine Ausbildung haben, eine Ausbildung machen können. Das ist doch völlig absurd.

(Sebastian Münzenmaier [AfD]: Nein! Bei uns kämen die gar nicht hierher!)

Das ist die Fortsetzung dessen, was Herr Springer im Ausschuss gesagt hat. Auf das Beispiel, das die Bundesregierung gebracht hat, nach dem hier jemand Koch werden könne, hat er gesagt: Wir können diese Leute nicht brauchen; das überfordert Deutschland. – Deutschland braucht aber Köche, Deutschland braucht Altenpfleger, Deutschland braucht Menschen mit ganz vielen anderen Berufen. Es ist gut, wenn Zuwanderer in diesen Berufen ausgebildet werden. Insofern ist die Schließung der Förderlücke völlig richtig.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

(B)

Was mich auch sehr ärgert, ist, dass Sie konsequent bei einer Lüge bleiben. Es gibt kein Taschengeld im Asylbewerberleistungsgesetz. Es wird nicht richtiger, wenn Sie immer wieder das Gegenteil behaupten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Aus Berechnungsgründen wird zwischen sogenannten Grundbedürfnissen, Kleidung und Ernährung, einerseits und dem persönlichen Grundbedarf unterschieden. Das ist aber kein Taschengeld. Meine Kinder bekommen Taschengeld; aber deren Grundbedürfnisse finanzieren wir außerhalb dessen. Diese müssen die Kinder nicht von ihrem Taschengeld finanzieren. Es ist völlig lebensfremd, was Sie sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Insofern gibt es erst recht keine Erhöhung des Taschengeldes und auch keinen Pull-Faktor.

Ich kann Sie nur bitten – Sie sollen ja anderer Meinung bleiben; das ist in einer pluralistischen Gesellschaft so –: Verdrehen Sie bitte nicht die Fakten! Das tut unserer Gesellschaft nicht gut. Das ist die Grundlage dessen, was wir gerade in Bezug auf Kassel sehen, die Grundlage für diese unfassbare Hetze und die unfassbare Freude im

Netz an einem Mord. Die Grundlage dafür legen Sie mit diesen ausländerfeindlichen und falschen Behauptungen. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Thomas Heilmann (CDU/CSU):

Ja.

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Bitte schön.

Petr Bystron (AfD):

Lieber Herr Kollege, vielen Dank, dass Sie die Nachfrage erlauben. – Sie haben gerade meinen Kollegen Münzenmaier angegriffen, weil er gesagt hat,

(Zuruf von der LINKEN)

dass die meisten Migrant*innen, die herkommen, Analphabeten sind.

(Michael Donth [CDU/CSU]: Und Messerstecher! – Marc Biadacz [CDU/CSU]: Messerstecher! Viel schlimmer!)

(D)

– Genau, Analphabeten oder Messerstecher, manchmal sogar in Personalunion; aber das müssen wir jetzt nicht ausdiskutieren.

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Fangen Sie schon wieder mit dieser Hetze an? Halten Sie den Mund, und setzen Sie sich wieder!)

Ich habe auf die Schnelle ein bisschen gegoogelt und möchte Ihnen etwas vorlesen, und zwar von der Deutschen Welle – ich hoffe, Sie halten das für eine glaubwürdige Quelle –:

Asylbehörde BAMF besorgt über Zahl der Analphabeten unter den Flüchtlingen

Trotz spezieller Förderung wird das Erlernen der deutschen Sprache nach einem Zeitungsbericht für viele Analphabeten unter den Flüchtlingen zum großen Integrationshindernis.

... Nach BAMF-Angaben erreichen mehr als 80 Prozent dieser Flüchtlinge in Sprachkursen nicht das Sprachniveau B1, das Jobcenter und Arbeitsagenturen als Mindestanforderung für einen Helfer-Job oder eine Ausbildung bezeichnen.

80 Prozent! Halten Sie das nicht für eine Mehrheit?

(Zuruf von der SPD: Das sind doch nicht alles Analphabeten!)

(A) Thomas Heilmann (CDU/CSU):

Das ist eine hübsche Verdrehung der Tatsachen. Erstens. Wer nicht deutsch spricht, ist deswegen ja kein Analphabet. Was ist das denn für eine Logik?

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das weiß der vielleicht nicht!)

Zweitens. Wenn Sie sich die Statistiken der Bundesagentur für Arbeit anschauen, dann werden Sie feststellen: Es ist uns gelungen, bereits weit mehr als 20 Prozent der Flüchtlinge in sozialversicherungspflichtige Jobs in Deutschland zu vermitteln.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Pascal Kober [FDP])

Deswegen kann das, so wie es da steht, gar nicht stimmen. Die Deutsche Welle scheint irgendjemanden zitiert zu haben, den ich nicht kenne und den Sie jetzt auch nicht benannt haben. Insofern kann ich dazu nichts sagen.

Aber die Behauptung, die Mehrheit der Flüchtlinge seien Analphabeten, ist nach Ihrem eigenen Beleg falsch. Schon gar nicht sind die Mehrheit der Flüchtlinge Messerstecher. Es ist wirklich unerhört, dass Sie Deutschland so verhetzen wollen. Die Folgen sieht man ja.

(B) (Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Setzen! Sechs!)

Ich würde allerdings auch gerne noch etwas zu der Kritik der Linken an der Bedarfsstufe 2 sagen. Dass Sie die falsch finden, ist ja in Ordnung. Aber dass Sie dafür gleich die Menschenwürde als Argument nennen, ist doch ziemlicher Blödsinn. Ich will Ihnen sagen: Ich komme nicht aus einer reichen Familie. Ich habe in einem staatlichen Studentenwohnheim gewohnt, bei dem ich mir die Mitstudenten auch nicht aussuchen konnte; aber selbstverständlich haben wir zusammen eingekauft. Wir waren auch nicht zwangsverpartnert; ich habe das nie als Zwangspartnerschaft empfunden. Aber natürlich kann man so Geld sparen, und das haben wir getan.

(Filiz Polat [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das Bundesverfassungsgericht hat das aber auf Familien begrenzt!)

Deswegen ist Ihre Annahme, dass man in einer Sammelunterkunft niemanden finden kann, mit dem man zusammen Geld sparen kann, aus meiner Sicht vollständiger Unsinn.

(Gökay Akbulut [DIE LINKE]: Das ist das Urteil des Verfassungsgerichts!)

Sie können ja dagegen sein; aber ich finde die Regelung sehr sachnah. Ich kann Ihnen sagen, dass ich in meiner Tätigkeit für eine Hilfsorganisation, für die ich seit 15 Jahren arbeite, auch international viele Flüchtlingsunterkünfte gesehen habe. Auch da ist es üblich, dass die

Menschen sich gegenseitig helfen, auch indem sie gemeinsam Dinge einkaufen. Insofern finde ich das nicht lebensfremd. Das Wort „lebensfremd“ würde ich ja noch akzeptieren, aber nicht, dass es gleich um die Menschenwürde geht. Ich finde, Sie übertreiben ein bisschen und sorgen damit leider nicht für den Zusammenhalt in unserer Bevölkerung.

(Ulla Jelpke [DIE LINKE]: Sie beziehen sich darauf! – Gökay Akbulut [DIE LINKE]: Das ist das Urteil des Bundesverfassungsgerichts!)

Abschließend kann ich sagen: Ich finde, diese Koalition sorgt sehr wohl für den Zusammenhalt in der Bevölkerung, und zwar gerade durch das Gesetzespaket, das wir heute hier behandeln.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Für die SPD-Fraktion hat das Wort die Kollegin Daniela Kolbe.

(Beifall bei der SPD)

Daniela Kolbe (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir verabschieden heute zwei sehr gute Gesetze. Wir gehen weitere Schritte, um denjenigen jungen Menschen, die zu uns gekommen sind, die hier dauerhaft bleiben werden und die auch arbeiten dürfen, eine Ausbildung zu ermöglichen und sie dabei zu unterstützen. Sie werden einen deutlich besseren Zugang zu Sprache bekommen. In jedem Fall wird ihr ehrenamtliches Engagement in unserer Gesellschaft besser wertgeschätzt. Also: Rundum wirklich gute Gesetze!

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Peter Weiß [Emmendingen] [CDU/CSU])

Da heute mehrfach das Thema „Schnelligkeit des Gesetzgebungsverfahrens“ angesprochen worden ist, möchte ich sagen: An diesen beiden Gesetzen erkennt man, warum es durchaus sinnvoll ist, diese Gesetze jetzt zu beschließen. Das Leben da draußen geht weiter. Im August beginnt das neue Ausbildungsjahr. Wir und der Bundesrat entscheiden jetzt, ob die kommenden Azubis weiterhin von einer Förderlücke betroffen sind, ob es Zugang zu Sprachkursen gibt und ob es Zugang zu Unterstützungsmöglichkeiten gibt. Ich finde es gut, dass heute über diese beiden Gesetze abgestimmt wird.

Wenn ich auf das Asylbewerberleistungsgesetz und die Änderungen schaue, die wir vornehmen, dann finde ich, dass das in sich ein guter Kompromiss ist. Wir setzen das Urteil des Verfassungsgerichts um. Ja, wir ändern die Bedarfsstufen. Aber da bitte ich, noch einmal einen Blick in das Protokoll der Anhörung zu werfen. Dort steht eindeutig drin, dass wir uns im Rahmen dessen bewegen, was ein Gesetzgeber an Möglichkeiten hat.

Es stecken aber noch zwei richtig tolle Sachen in diesem Dritten Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Das ist einmal das Thema Anerkennung

Daniela Kolbe

- (A) „Ehrenamtszuschale“. Für Asylbewerber, für Gestattete werden zukünftig bis zu 200 Euro, die sie sich im ehrenamtlichen Engagement dazuverdienen, zum Beispiel als Kursleiter im Fußball, anrechnungsfrei bleiben. Das ist die herzliche Einladung an die Gestatteten, an die Geduldeten: Kommt rein in die Gesellschaft! Wenn ihr hier seid, nutzt die Zeit sinnvoll. Trainiert junge Leute. Helft, diese Gesellschaft zu gestalten. – Ich denke, dass diese Einladung von vielen dankend angenommen werden wird.

(Beifall bei der SPD)

Auch ganz wichtig: Wir schließen endlich die „Förderlücke“. Der Begriff Förderlücke klingt komisch. Ich will es deshalb einmal plastisch beschreiben: Ich kenne viele junge Afghanen – es sind gerade Afghanen –, die eine Ausbildung machen wollen, die in Sachsen Berufe erlernen, die sonst keiner machen will. Die wollen Bäcker werden, die wollen im Hotel arbeiten, die wollen in den Gaststätten arbeiten, die wollen Köche werden, also Berufe ergreifen, in denen es wirklich schwer ist, Azubis zu finden. Im Moment ist es so: Wenn das Verfahren sehr lange dauert, sie länger als 15 Monate im Land sind, dann bekommen sie nach dem Asylbewerberleistungsgesetz keine Leistungen mehr. Das heißt, sie sind auf ihre Ausbildungsvergütung angewiesen. Die reicht in diesen Berufen nicht zum Leben. Das bedeutet: Wir setzen einen totalen Fehlanreiz. Es wäre aus Sicht der Jugendlichen besser, zu Hause zu sitzen, Däumchen zu drehen oder Blödsinn zu machen, als eine Ausbildung zu beginnen. Liebe AfD, auch Ihre Wähler verstehen nicht, wieso junge Leute besser daran tun, zu Hause zu sitzen und Blödsinn zu machen. Wir ändern das jetzt. Wir wollen, dass es sich für die jungen Leute lohnt, eine Ausbildung zu machen. Deswegen streichen wir den Leistungsausschluss. Sie bekommen auch zukünftig Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, und es wird sich für sie lohnen, eine Ausbildung zu beginnen.

(B)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Peter Weiß [Emmendingen] [CDU/CSU])

Ich schaue noch einmal in Richtung Grüne und Linke. Wir begegnen uns ja nicht nur im Bundestag, sondern auch im Bundesrat.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

Dort wird sich die Frage stellen: Wird es zukünftig keine Förderlücke mehr geben, weil dieses Gesetz auch durch den Bundesrat geht, oder wird es sogar noch eine schärfere Förderlücke geben, weil im Bundesrat keine Zustimmung erfolgt? Da geht es um ganz konkrete Menschen im nächsten Ausbildungsjahr. Insofern kann ich nur an Sie appellieren, sich das noch einmal genau anzuschauen. In Gänze ist es ein guter Kompromiss. Insofern empfehle ich Ihnen von Herzen zweimal Zustimmung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

(C)

Der letzte Redner zu diesem Tagesordnungspunkt ist der Kollege Marc Biadacz für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Lieber Herr Kollege Biadacz, Sie haben das Wort. – Ich bitte um etwas Ruhe, damit der Kollege akustisch durchdringen kann.

Marc Biadacz (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wir haben heute schon viele Beiträge gehört. Wir haben über insgesamt sieben Migrationsgesetze beraten und werden jetzt auch das letzte Paket beschließen. Wir haben über Zuwanderung gesprochen. Wir haben über Ausreisepflicht gesprochen. Wir haben über Integration gesprochen, und wir haben auch über Abschiebungen gesprochen. Wir haben über Humanität gesprochen, und wir haben über Härte gesprochen. Aber wir haben heute auch über ein historisches Gesetz gesprochen, über das Fachkräfteeinwanderungsgesetz. Das ist ein historischer Moment, weil wir das heute hier beschlossen haben. Ich glaube, darauf können wir in diesem Parlament stolz sein.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir steuern und ordnen Migration mit diesen sieben Gesetzen. Wir werden aber auch Menschen aus EU-Staaten und aus Drittstaaten bessere Möglichkeiten der Integration auf dem Arbeitsmarkt und des Spracherwerbs geben. Das ist auch wichtig; denn diese Menschen brauchen Unterstützung. Diese Menschen sollen ein Teil dieser Gesellschaft sein, auch wenn sie vielleicht unser Land wieder verlassen müssen. Aber wenn sie unser Land verlassen müssen, sehr geehrter Herr Münzenmaier, dann gehen sie vielleicht mit der deutschen Sprache nach Hause. Das ist keine Schande, sondern darauf kann man stolz sein. Die deutsche Sprache zu erlernen, ist etwas Gutes und Richtiges. Deswegen: Stellen Sie das bitte nicht in Abrede.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Pascal Kober [FDP])

Herr Münzenmaier, wenn Sie von Pull-Effekten reden, muss ich sagen: Ich glaube nicht, dass irgendjemand nach Deutschland kommt, nur weil er hier die deutsche Sprache erlernen kann.

(Zurufe von der AfD: Geld!)

– Nein, nein. Sie sagen, dass die deutsche Sprache Pull-Effekte habe. Das haben Sie gesagt, Herr Münzenmaier. Entschuldigung, das ist völliger Quatsch.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Pascal Kober [FDP])

Herr Münzenmaier, wenn Sie über Messermigration sprechen

(Andreas Bleck [AfD]: Hat er auch nicht!)

Marc Biadacz

- (A) – doch, das hat er gesagt –, dann möchte ich Sie bitten, diese sieben Migrationsgesetze, die wir heute hier beraten haben, in den Mittelpunkt zu stellen. Angesichts von Begriffen wie „Härte“ und „Humanität“ reden wir immer über Menschen. Ich möchte nicht, dass Sie über Messermigration bzw. Menschen mit Messern reden. Das hat nichts mit der Sache zu tun.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Pascal Kober [FDP])

Ich danke dem Koalitionspartner. Ich weiß, das waren harte Verhandlungen, das waren gute Verhandlungen. Ich danke auch der Opposition, besonders Pascal Kober von der FDP, der gesagt hat, dass er dem Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetz zustimmen wird. Es ist ein richtiges Signal, dass auch die Opposition hier mitstimmen kann.

Meine Damen und Herren, es ist ein historischer Tag. Wir haben heute das Fachkräfteeinwanderungsgesetz beschlossen, und wir werden jetzt beim Thema Migration ordnen und steuern. Stimmen Sie bitte auch bei dieser namentlichen Abstimmung zu. Vielen Dank.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Pascal Kober [FDP])

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

- (B) Vielen Dank, Marc Biadacz. – Der Kollege Münzenmaier hat um die Möglichkeit einer Kurzintervention gebeten. Bitte kurz.

(Widerspruch bei der CDU/CSU – Peter Weiß [Emmendingen] [CDU/CSU]: Möchte er gern Deutsch lernen?)

Sebastian Münzenmaier (AfD):

Vielen herzlichen Dank, Herr Präsident, dass Sie das zulassen. – Ich möchte noch mal ganz kurz Herrn Heilmann ansprechen. Herr Heilmann, Sie haben mir vorgeworfen, dass ich gesagt habe, es sei mehrheitlich von Analphabeten die Rede. Ich möchte gerne begründen, wie ich dazu komme.

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Herr Kollege, wenn Sie bitte zu dem letzten Redner Stellung nehmen.

Sebastian Münzenmaier (AfD):

Okay, auch der Redner hat mich darauf angesprochen.

(Widerspruch bei der CDU/CSU)

Ich möchte Ihnen gerne erläutern, wie ich auf die Zahlen komme.

(Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Verstehen Sie Deutsch?)

Es gibt eine Studie des Bildungsökonom Ludger Wößmann. (C)

(Stefan Schmidt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Präsident, er soll nur zum letzten Redebeitrag etwas sagen! – Katja Mast [SPD]: Herr Präsident, das geht nicht!)

– Entschuldigung, ich habe gedacht, Debatte bedeutet, dass man sich zuhört.

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Liebe Kollegen, hören Sie bitte kurz zu.

Sebastian Münzenmaier (AfD):

Genau. –

Es gibt eine Studie des Bildungsökonom Ludger Wößmann, der für die OECD die Schulbildung in über 81 Ländern untersucht hat, unter anderem in Syrien und in Albanien. Er spricht davon, dass 65 Prozent eines Altersjahrgangs in Syrien und 59 Prozent in Albanien – ich zitiere hier den Hamburger Universitätspräsidenten Lenzen, der das in einem Interview in der „Welt“ geäußert hat – „im Grunde Analphabeten“ sind. Auf diese Zahlen habe ich mich gestützt. Von daher kann ich nicht erkennen, dass die Aussage falsch gewesen sein soll.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Herr Biadacz, möchten Sie darauf antworten? – Herr Biadacz möchte darauf nicht antworten. Dann schließe ich die Aussprache. (D)

Wir kommen zur Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf zur Förderung der Ausbildung und Beschäftigung von Ausländerinnen und Ausländern. Der Ausschuss für Arbeit und Soziales empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 19/10692, den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf den Drucksachen 19/10053 und 19/10527 in der Ausschussfassung anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschussfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Das ist die Koalition sowie die FDP. Wer ist dagegen? – Die AfD. Enthaltungen? – Grüne und Linke. Damit ist der Gesetzentwurf in zweiter Beratung angenommen.

Dritte Beratung

und Schlussabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Liebe Kollegen, darf ich davon ausgehen, dass alle, die an den Urnen stehen, dem Gesetzentwurf zustimmen? Sollte dies nicht der Fall sein, bitte ich Sie, sich zu setzen. – Also, dafür stimmen die SPD, die CDU/CSU, die FDP und einzelne Abgeordnete der AfD.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wer stimmt dagegen? – Dagegen stimmt die AfD, Die Linke und ein Teil der SPD und der Union. Enthaltungen? – Das gleiche Bild. Auch da Enthaltungen auf bei-

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich

- (A) den Seiten des Hauses und beim Bündnis 90/Die Grünen. Der Gesetzentwurf ist damit angenommen.

Zusatzpunkt 19 a. Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Der Ausschuss für Arbeit und Soziales empfiehlt unter Buchstabe a seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 19/10693, den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf den Drucksachen 19/10052 und 19/10522 anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Das ist die Koalition. Wer stimmt dagegen? – AfD, Grüne und Linke. Enthaltungen? – Die FDP. Damit ist der Gesetzentwurf in zweiter Beratung angenommen.

Dritte Beratung

und Schlussabstimmung. Wir stimmen über den Gesetzentwurf auf Verlangen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD namentlich ab. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. – Sind die Plätze an den Urnen besetzt? – Das ist der Fall. Dann eröffne ich die namentliche Schlussabstimmung über den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf den Drucksachen 19/10052 und 19/10522.

Liebe Kollegen, ich frage: Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat? – Alle haben ihre Stimmkarten abgegeben. Dann schließe ich die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Ich gebe Ihnen das Ergebnis der Abstimmung später bekannt.¹⁾

(B)

Zusatzpunkt 19 b. Wir setzen die Abstimmungen zu der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales auf Drucksache 19/10693 fort.

Unter Buchstabe b seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Ausschuss die Ablehnung des Antrags der Fraktion der FDP auf Drucksache 19/2691 mit dem Titel „Ausbildung und Studium für Asylbewerber ermöglichen – Förderlücke schließen“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Die Koalition und die AfD. Gegenprobe! – FDP, Grüne und Linke. Enthaltungen? – Keine. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen.

Der Ausschuss empfiehlt unter Buchstabe c seiner Beschlussempfehlung die Ablehnung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 19/5070 mit dem Titel „Förderlücke für Geflüchtete im Sozialgesetzbuch schließen – Bildung und Integration stärken“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Das ist die Koalition sowie die AfD. Gegenprobe! – Die Grünen, FDP und Linke. Enthaltungen? – Keine. Die Beschlussempfehlung des Ausschusses ist damit angenommen.

Ich rufe den Zusatzpunkt 20 auf:

Erste Beratung des von den Abgeordneten Johannes Vogel (Olpe), Michael Theurer, Carl-Julius Cronenberg, weiteren Abgeordneten und

der Fraktion der FDP eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur dynamischen Beitragsentlastung in der Arbeitslosenversicherung** (C)

Drucksache 19/10615

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Arbeit und Soziales (f)
Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Interfraktionell sind für die Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Es gibt keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache, und es beginnt für die FDP-Fraktion der Kollege Michael Theurer.

(Beifall bei der FDP)

Michael Theurer (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In den vergangenen Jahren sind die Einnahmen der Arbeitslosenversicherung ständig gestiegen. Lagen die Beitragseinnahmen im Jahr 2011 noch bei 25,4 Milliarden Euro, so betragen sie im Jahr 2018 bereits 34,2 Milliarden Euro. Gleichzeitig konnten die ausbezahlten Versicherungsleistungen jedoch sinken. Die Kernaufgabe der Arbeitslosenversicherung, nämlich die Auszahlung von Arbeitslosengeld, hat dabei in den meisten Fällen erstaunlich konstante 13,7 Milliarden Euro ausgemacht, während andere Direktzahlungen, etwa für Kurzarbeitergeld, aufgrund der besseren konjunkturellen Lage deutlich gesunken sind.

(D)

Das Ergebnis: Die Agentur für Arbeit konnte eine Rücklage ansammeln. Diese ist wichtig; die brauchen wir auch. Denn es kann in einem Konjunkturabschwung – wir haben es bei der Wirtschafts- und Finanzkrise gesehen – natürlich eine Situation eintreten, in der die Einnahmen aus den Beiträgen wegbrechen. Allerdings stellt sich die Frage, wie hoch diese Reserve sein soll. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Agentur für Arbeit hat selber festgestellt, dass eine vernünftige Größenordnung für eine solche Konjunkturreserve 0,65 Prozent des Bruttoinlandsprodukts sein sollte.

Deshalb sagen wir: Sozialkassen sind keine Sparkassen.

(Beifall bei der FDP)

Wir wollen eine dynamische Entlastung der Arbeitslosenversicherung und haben hierzu einen Gesetzentwurf eingebracht. Der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung soll ab dem 1. Januar 2020 von aktuell 2,5 auf 2,2 Prozent gesenkt werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich erinnere an dieser Stelle daran: Als wir zum ersten Mal Anfang vergangenen Jahres gefordert haben, die Beiträge abzusenken, wurde dies von den Parteien der Großen Koalition noch verneint; dies sei nicht möglich. Unser Gesetzentwurf wurde nach längerer Beratung im Ausschuss abgelehnt, um ihn am Ende dann doch umzusetzen. Das heißt, die Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge ist möglich. Wir machen Ihnen heute ein Angebot, damit wir wegkommen von diskretionären Eingriffen in die Sozialversicherungen und eine dynami-

¹⁾ Ergebnis Seite 12956 C